

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

02. November – 07. November 2024

Frankreich erwägt die Schaffung einer nationalen „Anti-Drogen“-Staatsanwaltschaft. Als Reaktion auf die letzte tödliche Schießerei im Rahmen einer Abrechnung zwischen Drogenhändlern in Poitiers, bei der ein 15-jähriger Junge ums Leben kam, will Innenminister Bruno Retailleau hart durchgreifen. Er wird am Freitag, dem 8. November, gemeinsam mit dem Justizminister u.a. diese neue Maßnahme zur Bekämpfung des Drogenhandels vorstellen. Die neue Staatsanwaltschaft soll dazu dienen, die Arbeit der Behörden im Kampf gegen Drogenringe zu zentralisieren. Vergleichbar findet sich schon heute in Frankreich die nationale Antiterrorismusstaatsanwaltschaft, die 2019 gegründet wurde und damit beauftragt ist, in terroristischen Fällen und bei internationalen Verbrechen, Anklage zu erheben.

Acht Angeklagte stehen im Mordprozess von Samuel Paty, der Lehrer, der 2020 von einem Islamisten enthauptet wurde, seit Montag, dem 4. November, in Paris vor Gericht. Das Urteil wird für den 20. Dezember erwartet. Dem Gericht geht es darum herauszufinden, inwieweit die acht angeklagten Erwachsenen im Vorfeld der Tat zur Hinrichtung des Lehrers beigetragen haben.

Die vier führenden Gewerkschaften des Krankensektors kritisieren den neuen Gesetzesentwurf zur Finanzierung der Sozialversicherung, insbesondere der Krankenhäuser, und rufen zum Streik auf. Zwar sieht die Regierung vor, die Mittel für Krankenhäuser um 3,1% zu erhöhen. Nach Ansicht der Gewerkschaften und des Französischen Krankenhausverbands sei aber eine Erhöhung von 6 % bis 10 % notwendig, um anfallende Kosten zu decken. Verbitterung löste zudem die Idee der Regierung aus, die Karenzzeit für Beamte auf drei Tage erhöhen zu wollen, nachdem die Zahl der Krankschreibungen in den öffentlichen Krankenhäusern in Frankreich zuletzt stark angestiegen ist. Die Gewerkschaften argumentieren, dass diese Krankschreibungen gerechtfertigt seien. Der symbolische Streik, da die Arbeit des Krankenhauspersonals weitergeht, begann am Montag, dem 4. November und soll bis zum 21. Dezember dauern. Bei einem symbolischen Streik wird die Arbeitsniederlegung eher als eine Form des öffentlichen Protests genutzt als ein Mittel, um direkte Macht gegen den Arbeitgeber auszuüben.

Der französische Reifenhersteller Michelin bestätigt die Schließung zwei seiner Werke bis spätestens Anfang 2026. Betroffen sind die 1 254 Beschäftigten der Produktionsstätten in Cholet (Pays de la Loire) und Vannes (Morbihan). Grund dafür seien der Einbruch der Verkaufszahlen von Reifen für LKW und Lieferwagen, der Rückgang des Marktes für Neufahrzeuge und die Konkurrenz aus Asien. Es ist die sechste Fabrik, die der Konzern in den letzten 20 Jahren in Frankreich schließt. Stand heute unterhält Michelin noch 16 Industriestandorte in Frankreich. Auch der Supermarktkonzern Auchan kündigte den Abbau von 2 389 Arbeitsplätzen in Frankreich an. Premierminister Michel Barnier erklärte, er wolle wissen, wie die an Michelin und Auchan geflossenen, öffentlichen Gelder verwendet wurden und forderte Antworten zu den Kündigungswellen.

Außenminister Jean-Noël Barrot reiste am Mittwochabend, dem 6. November, in den Nahen Osten. Frankreich drängt auf einen Waffenstillstand in Gaza und fordert den Respekt des internationalen Rechts. Barrot machte deutlich, dass die Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht inakzeptabel seien und aufhören müssen.

Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz hat am Dienstag einen Gastbeitrag in der französischen Tageszeitung *Le Monde* veröffentlicht. Er beklagt das ständige Zögern der Europäischen Union bei der Hilfe für die Ukraine und wirft ihr vor, sich nicht ausreichend von den Amerikanern zu lösen: „Bundeskanzler Scholz hätte zeigen müssen, was die *Zeitenwende* für Europa als Ganzes bedeutet, nachdem er selbst diesen Begriff am Tag nach der russischen Invasion verwendet hatte“, so Merz weiter.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Einige Abgeordnete (*Renaissance, Républicains*) der Regierungallianz wollen die Debatten über die Haushaltsabstimmung 2025 verkürzen und fordern den Premierminister Michel Barnier auf, Artikel 49.3 der Verfassung zu verwenden. Regierungssprecherin Maud Bregeon machte jedoch deutlich, dass der Wille der Regierung sei, „die Nationalversammlung über den Haushalt, den sie selbst aufgestellt hat, sprechen und abstimmen zu lassen“.

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
			1

DIE ZAHL DER WOCHE

100 000

So viele Krankenhausbetten hat das französische Gesundheitssystem über die letzten 25 Jahre abgebaut. Ende 2023 verfügte Frankreich damit über knapp 370 000 Betten.